

Zürich, 7. September 2017, Zürcher Migrationskonferenz: «Flüchtlingsschutz neu denken.» Begrüssungsansprache, Stadtrat Raphael Golta, Vorsteher Sozialdepartement Stadt Zürich:

Liebe Gäste

Ich begrüsse Sie im Namen des Zürcher Stadtrats herzlich zur 15. Zürcher Migrationskonferenz. Mit der Durchführung dieser Konferenz will der Zürcher Stadtrat auch seine Verantwortung und die Verantwortung der Stadt Zürich für das Themenfeld Flucht und Migration hervorstreichen. Das galt für den Stadtrat von 2003, der die erste Migrationskonferenz einberufen hat, das gilt aber auch für den Stadtrat in der Version 2017.

Städte generell – auch die Stadt Zürich – haben eine besondere Rolle im Umgang mit Flucht und Migration. Das hat sehr viel damit zu tun, dass Migration schon immer ein Teil der städtischen Realität war. Man kann sagen, sie gehört gewissermassen zur städtischen DNA. Wir in den Städten sind als erste und oft stärker von den Herausforderungen der Migration betroffen – können aber auch in grossem Ausmass vom Gewinn der Migration profitieren. Wenn ich die städtische Asyl- und Flüchtlingspolitik im Jahre 2017 betrachte, so gelten für mich drei Grundsätze:

1. Mit dem, **was wir tun**, übernehmen wir Verantwortung
2. Mit dem, **wie wir es tun**, sind wir Vorbild
3. Mit dem, **was wir sagen**, nehmen wir Einfluss – wobei wir mit unseren Worten nur etwas erreichen, wenn wir bei den ersten beiden Grundsätzen glaubwürdig sind.

Die drei Grundsätze lassen sich gut an zwei Vorlagen illustrieren, über die wir am 24. September in Stadt und Kanton Zürich abstimmen werden:

Auf der städtischen Ebene geht es um den Bau des Bundesasylzentrums auf dem Duttweiler-Areal. Ein Grossteil der Debatte drehte sich im Parlament und auf Podien um die eine Frage: Wie sehr können wir unseren Anspruch als Stadt darauf einlösen, Vorbild sein zu wollen, wenn wir Verantwortung für eine Bundesaufgabe – notabene mit Regeln des Bundes, nicht unseren – übernehmen? Das ist ein Balanceakt, den wir aushalten müssen – aber auch eine Auseinandersetzung, die uns weiterbringt! Davon bin ich überzeugt.

Auf kantonaler Ebene stimmen wir über eine Änderung des Sozialhilfegesetzes ab, die integrationspolitisch komplett quer in der Landschaft steht. Es geht dabei um mehr als den Wechsel von der Sozialhilfe zur Asylfürsorge für vorläufig Aufgenommene im Kanton Zürich. Zwei grundsätzliche, aber eigentlich auch triviale, Erkenntnisse der migrationspolitischen Diskussionen der letzten 15 Jahre würden dabei über Bord geworfen:

Die erste Erkenntnis ist: Wer vor Krieg flieht, verdient Schutz und bleibt länger hier.

Die zweite Erkenntnis: Wer hier bleibt, muss bei der Integration in die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt unterstützt werden.



2/2

Um diesen integrationspolitischen Rückschritt zu verhindern, hat die Stadt Zürich gemeinsam mit 25 anderen Gemeinden das Referendum gegen die Gesetzesänderung ergriffen. Auf unserer Seite haben wir zahlreiche NGOs, Parteien, die Kirchen und – bei aller Bescheidenheit – die integrationspolitische Vernunft und Erfahrung der letzten 15 Jahre.

Ich habe eingangs gesagt: Wir nehmen Einfluss, mit dem, was wir sagen. Ob der Einfluss im Fall der kantonalen Abstimmung vom 24. September wirkt? Ich weiss es nicht. Ich bin aber dankbar, wenn Sie uns dabei unterstützen! Integration ist eine Gemeinschaftsaufgabe! Nur **gemeinsam** verhindern wir den Integrationsabbau!

Ich komme zu unserem heutigen Anlass. Die erste Migrationskonferenz 2003 stellte der damalige Stadtrat unter den Titel „*Perspektiven einer neuen Migrationspolitik*“. Er stellte damit ein Thema zur Diskussion, das über den kommunalen Tellerrand hinausblickt. Genauso verhält es sich mit dem heutigen Thema „*Den Flüchtlingsschutz neu denken! - Überlegungen für den Umgang mit unfreiwilliger Migration im 21. Jahrhundert*“.

Auch hier gilt: Übernehmen wir Verantwortung! Seien wir Vorbild! Und nehmen wir Einfluss über die Stadtgrenzen hinaus Ich bin gespannt auf die Beiträge und die Diskussionen!

(Es gilt das gesprochene Wort)